

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 48
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Zeile, oder deren Raum 80 Mq., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Mq., ausserdortige Anzeigen 80 Mq. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Donnerstag, den 4. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Industrielle Unruhen in den Vereinigten Staaten.

Von Emil Italiener.

Der Verfasser war seit einer Reihe von Jahren im Dienste der deutsch-amerikanischen Presse in den Vereinigten Staaten tätig gewesen und ist soeben nach Deutschland zurückgekehrt. Bei der Bedeutung, die die Verhältnisse in Amerika auch für uns besitzen, werden seine Ausführungen von besonderem Interesse sein.

Amerika befindet sich am Vorabend der bittersten industriellen Streitigkeiten seiner Geschichte. Das kommende Jahr dürfte, wenn nicht wirksame und radikale Schritte unternommen werden, ein besseres Verständnis zwischen Arbeit und Kapital herzustellen und eine befriedigende Grundlage für geordneten industriellen Fortschritt zu schaffen, Streiks und Massenemonstrationen der Arbeiterschaft bringen, mit denen verglichen alle bisherigen Streiks ein Kinderspiel sein werden.

Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes hat bereits eine große Anzahl größerer und kleinerer Streiks stattgefunden. Die bedeutendsten unter diesen sind der große Generalstreik in Seattle, der Hochburg des amerikanischen Bolschewismus; der Textilarbeiterstreik in Lawrence; der Automobilarbeiterstreik in Toledo; der Pittsburger Stahlarbeiterstreik; der Eisenbahn- und Verkehrstreik in den pazifischen und einigen östlichen Staaten; der Muffelherd erzeugende Polizeistreik in Boston und die Streiks der Bergarbeiter und der New Yorker Hafenarbeiter. Dennoch sind diese Streiks, verglichen mit den Arbeiterunruhen in Deutschland, England, Kanada, Australien und Argentinien, so verhältnismäßig unbedeutend, daß man in den Vereinigten Staaten noch immer geneigt ist, die industrielle Situation ohne viel Beunruhigung zu betrachten, in der trügerischen Annahme, daß, nachdem der erste Teil der Uebergangsperiode ohne ernstliche industrielle Störungen überstanden worden ist, die Vereinigten Staaten schließlich doch in eine Normalindustriellen Friedens eintreten werden.

Dieserigen, welche diesen optimistischen Standpunkt einnehmen, täuschen sich. Die amerikanische Arbeiterschaft hatte seit dem Waffenstillstande eine abwartende Haltung eingenommen: einmal, weil der Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung, Herr Compers, sich in Regierungsangelegenheiten in Europa befand; aber auch, weil sie, in der ursprünglichen Erwartung, daß der Krieg bedeutend länger dauern würde, kein definitives Programm aufgestellt hatte. Außerdem wartete sie auf die Demobilisierung der Truppen und auf den Uebergang in den Fabriken von Kriegs- auf Friedensproduktion.

Die Periode des Wartens ist nun vorüber. Die amerikanische Armee ist seit dem 1. Oktober demobilisiert. Die Fabriken produzieren wieder mit voller Kraft Friedensware. Die Arbeiterschaft selbst hat auf ihrem Kongress im Juli in Atlantic City ihr neues und endgültiges Programm festgelegt. Radikal und groß, wie die darin aufgestellten Forderungen sind, liegt es nunmehr in der Hand des amerikanischen Großkapitals und seiner politischen Vertreter, ob Bolschewismus und Spartanismus festen Fuß in den Vereinigten Staaten fassen werden oder ob es zu einer schließlichen Verständigung zwischen Kapital und Arbeit kommen wird.

Dieserigen aber, welche die amerikanische industrielle Situation ohne Beunruhigung betrachten, übersehen sowohl die Psychologie der Arbeiter als auch gewiß zwingende Tatsachen.

Man hatte den Arbeitern der alliierten Welt gesagt, sie kämpften einen Krieg für die Demokratie, und daß aus den Ruinen des Krieges eine neue und schönere Welt entstehen werde. In Wirklichkeit aber ist Amerika heute das un-demokratischste Land der Welt, und so fragen die Arbeiter sich: „Wo ist die Demokratie, für die wir gekämpft haben? Und wann werden wir jene neue Welt mit ihren größeren Rücksichten für den kleinen Mann betreten?“ Und da sie nicht nur keinen Wechsel zum Besseren sehen, sondern sich heute in Verhältnissen befinden, die vielfach schlechter als vor dem Kriege sind, so fühlen sich die Massen des Volkes um ihre Illusionen betrogen — und wenn ein Volk seine Illusionen verliert, so ist Gefahr im Anzug.

Dazu kommt noch, daß die Preise fast aller Waren und die Mieten derartig gestiegen sind, daß sie in keinem Verhältnis zu den seit dem Kriege erhöhten Löhnen stehen, so daß sie heute weniger Kaufkraft darstellen als die geringeren Gehälter vor dem Kriege. In Ziffern ausgedrückt, sind die Löhne um etwa 50—75 Proz., die Preise von Lebensmitteln, Kleidern, Miete usw. um ungefähr 100 Proz. gestiegen.

Wenn nun die dauernden Preissteigerungen während des Krieges gewissermaßen durch Beständigkeit der Beschäftigung, die häufigen Gelegenheiten, Überzeit zu arbeiten oder durch „Stildarbeit“ gut zu verdienen, ausgeglichen wurden, so ist jene Periode nunmehr vorüber, und die Hoffnung, daß eine schnelle oder allmähliche Reduzierung der Preise den jetzigen Verhältnissen ein Ende machen möge, dürfte sich ebenfalls als trügerisch erweisen. Ich bezweifle hier besonders auf eine Rede des Herrn Otto S. Kahn, einer Finanzautorität ersten Ranges, in der er kürzlich sagte, daß die hohen Preise für eine lange Reihe von Jahren

bleiben würden, während Herr Barnes, der jetzige Nahrungsmittelverwalter, hinzufügte, daß es zwecklos sei, auf billigeres Brot zu hoffen.

Es sind aber nicht nur die Lebensunterhaltskosten, welche dem Arbeiter und Kleinen Angeestellten Verbruch machen. Dieser Umstand würde schließlich mit einem gewissen Maße von Gebuld ertragen werden, wenn das Volk glauben könnte, daß niemand übermäßig von dem Verkauf von Lebensmitteln usw. profitierte und daß die durch die hohen Preise bedingte Bürde gleichmäßig getragen würde. In Wirklichkeit hat es aber nur zu deutlich die unerhörte Wucherungstaktik amerikanischer Korporationen während des Krieges gesehen und es weiß gleichzeitig, daß dieses Wuchern mit ungeschwächter Macht weitergeht.

Ein Studium des Reingewinns von 82 repräsentativen amerikanischen Korporationen während der Jahre 1911 bis 1918 zeigt unter anderem, daß diese 82 Korporationen, welche zusammengekommen in der Periode vor dem Kriege ein durchschnittliches Einkommen von 324 000 000 Dollars jährlich hatten, im Jahre 1916 einen Reingewinn von mehr als 1 000 000 000 Dollars, 1917 von 975 000 000 und 1918 von 936 000 000 Dollars zu verzeichnen hatten. Diese Ziffern verstehen sich nach Abzug sämtlicher Staats- und Regierungszinsen sowie aller möglichen Ankosten, die, zu Recht oder Unrecht, aufgeführt wurden, um staatlicher Kontrolle die genauen Ziffern ihrer Wuchergewinne zu verheimlichen. Mit anderen Worten — die Korporationen verdienen im Jahre 1916 drei und in den Jahren 1917 und 1918 mehr als zwei Dollar für jeden Dollar, in der Vorkriegsperiode. Der Amerikaner nennt diese Art Wucher „Profiteering with a vengeance“, und die Unzufriedenheit der Massen dürfte denn auch diesem Umstand gewissenloser Ausbeutung zu einem nicht zu unterschätzenden Teile zuzuschreiben sein.

Dennach machen viele kurzfristige Arbeitgeber bereits den gewagten Versuch, die Löhne herabzusetzen. Diese Versuche äußern sich entweder auf direkte Art oder durch Schließen der Fabriken auf kurze Zeit, um die durch die Kriese- und Ueberproduktion während des Krieges verursachten Schäden auszubessern und dann neue Arbeitskräfte, zu herabgesetzten Löhnen, anzustellen. Der Bund der Fabrikanten (National Association of Manufacturers) stellte in seiner Versammlung im August sogar ein großes Programm allgemeiner Herabsetzung der Arbeitslöhne auf, scheinbar unbewußt oder einfach ignorierend, daß seine Mitglieder durch Ausführung eines solchen Programms mit Dynamit spielen.

Der amerikanische Arbeiter, organisiert oder unorganisiert, wird aber irgendwelche Versuche, die Löhne herunterzudrücken, bitter bekämpfen, wenn nicht die Preise ein bedeutend niedrigeres Niveau erreichen. Wie anderswo, so bedeutet auch in Amerika die Arbeiterschaft eine nicht zu unterschätzende Macht, und der intelligenteste Arbeiterführer weiß, daß eine Arbeiternot auf lange Zeit vor der Tür steht, und daß dieselbe in Amerika am größten sein wird. Er weiß, daß über sieben Millionen Männer durch den Krieg getötet und eine gleich große Anzahl entfähigt worden sind. Er weiß, daß seit August 1914 so gut wie keine Einwanderung nach den Vereinigten Staaten stattgefunden hat, und daß auch die nächsten Jahre wahrscheinlich wenig Einwanderer bringen werden. Und er weiß, daß Auswanderer die Vereinigten Staaten in sehr ungeheuren Mengen verlassen, daß sogar die Gesellschaft amerikanischer Bankiers (American Bankers Association) durch Beschlüsse, welche die weiteste Veröffentlichung erlaubten, die nationale Aufmerksamkeit auf diese Tatsache gerichtet hat.

Die amerikanische Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren riesig an Stärke zugenommen. Mindestens zwei Millionen Männer sind den Reihen der organisierten Arbeiter hinzugegetreten. Die Organisation der Eisenbahnarbeiter und Angeestellten beträgt allein über eine Million, und die mit der amerikanischen Arbeitsliga (American Federation of Labor) verbundenen Unionen haben der Liga ebenfalls eine Million neuer Mitglieder hinzugefügt. Die amerikanische Arbeiterschaft stellt daher auch Forderungen, welche den Leitern der amerikanischen Industrie zu denken geben, und nur am guten Willen beider Parteien liegt es, ob eine dauernde Verständigung möglich ist oder ob Amerika am Vorabend einer Revolution steht, deren Umfang, Dauer und internationale Wirkungen alle bisherigen Revolutionen in den Schatten stellen dürften.

Deutsche Nationalversammlung. Die große Steuerreform.

12. Sitzung.
Berlin, 3. November, mittags 1 Uhr.
Am Regierungstisch: Erzberger.
Präsident Lehmann hat eröffnet die Sitzung um 120 Uhr.
Eingegangen sind Denkschriften des Präsidenten der Österreichischen Nationalversammlung und des Verbandes der Reichsdeutschen für die Hilfsaktion der Nationalversammlung zugunsten Oesterreichs.

Erste Beratung des Entwurfes eines Landessteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Erzberger: Der Etat von 1919 wird uns eine Entlastung in den Gesamtausgaben bringen von 21½ Milliarden Mark. Aber auch er ist in wesentlichen Punkten noch immer ein Kriegsetat. Das tritt am deutlichsten hervor aus der großen Summe von außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 41 Milliarden Mark. Diese große Summe kommt vor allem daher, daß allein infolge der Abwidlung des Krieges, der Demobilisation, der Abwicklungsangelegenheiten des alten Heeres und der alten Marine, sowie infolge der 17 Milliarden, die für die Erfüllung des Friedensvertrages notwendig wurden und der 3½ Milliarden für Verbilligung der Lebensmittel im ganzen rund 37 Milliarden Mark außerordentlicher Ausgaben erforderlich sind. Dazu kommen dann einmalige Ausgaben von rund 2 Milliarden, die in der Hauptsache Feuerungsauflage darstellen. Diese Besondereform gilt für eine der wichtigsten Staatsausgaben. Der Staat hat das größte Interesse an einem nicht verschuldeten Beamtenstand, der wirtschaftlich zurecht kommen kann. Weniger beschwerliche Kräfte und mehr ausführende Kräfte, weniger schwerfälliger Instanzenzug werden eine der Hauptforderungen der Zukunft bilden. Die fortlaufenden Ausgaben für 1919 sind mit 13½ Milliarden Mark eingeleitet. In Weimar haben wir an laufenden Steuern, die, in die Reichskasse fließen werden, über 1000 Millionen Mark bewilligt. Wichtig aber sind die beiden einmaligen Steuern, die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 und die Besteuerung des während des Krieges eingetragenen Vermögenszuwachses, beide zusammen sollen ja 12 Milliarden Mark erbringen. Wir müssen jedoch als möglich aus dem Schuldenmachen heranzukommen, deswegen bitte ich Sie, die gegenwärtigen Steuergesetze sobald als möglich zur Berücksichtigung zu bringen.

Der Bedarf des Reiches ist für die nächsten Jahre in der Denkschrift vom Sommer mit 17½ Milliarden angesetzt. Zur Deckung kommen in erster Linie die direkten Steuern in Betracht, die jetzt bei uns bis zur wirtschaftlich zulässigen Höchstgrenze ausgeschöpft werden müssen. Wir haben in Weimar an einmaliger Vermögenssteuer 12 Milliarden bewilligt, die in der Hauptsache als Kriegsgemeinschaftsteuer anzusprechen ist. Dazu kommt jetzt das Reichssteuererlösbudget, das 45 Milliarden Mark erbringen dürfte. Mit dem in Weimar bewilligten einmaligen Steuern bedeutet für die nächsten 30 Jahre der jährliche Ertrag aus der Vermögensbesteuerung die Summe von 36 Milliarden Mark. — Noch wichtiger für die Aufrechterhaltung des Steuerbedarfs ist jedoch die Einkommensbesteuerung. Im Beharrungszustande hofft man aus der Einkommenssteuer zusätzlich zur Besteuerung der Körperschaften auf Reich, Länder und Gemeinden zusammen einen Betrag von 8 Milliarden Mark zu erzielen. Dazu sollen dann noch 24 Milliarden Mark Steuern als Ergebnis der Ertragssteuer, wovon die Kapitalertragssteuer allein 14 Milliarden Mark erbringen soll. Da es gilt, eine Gesamtsumme von mindestens 24½ Milliarden Mark aus Steuern aufzubringen, muß hart zugegriffen werden. Aus der bereits beschlossenen Erbschaftsteuer sollen 730 Millionen Mark jährlich gewonnen werden, von denen rund 140 Millionen auf Einzelstaaten und Gemeinden entfallen. Es ist als ein gewisser Mangel empfunden worden, daß diejenigen, welche ihr Einkommen ganz oder zum größten Teil verbrauchen, von der Besteuerung nicht so getroffen werden wie jene, welche ihre Vermögen durch Sparlichkeit vermehren. Daraus soll nicht bloß der tatsächliche Vermögenszuwachs, sondern auch der mögliche Vermögenszuwachs mit befreit werden, indem man in die Steuer hinein eine Besteuerung des übermäßigen Aufwandes einbaut. Nach dieser Zusammenstellung würden sich demnach aus den direkten Steuern insgesamt herausheben lassen rund 15 Milliarden Mark, wovon 9½ Milliarden auf das Reich und 5½ Milliarden Mark auf die Länder und Gemeinden entfallen würden. Bei der indirekten Besteuerung soll sich im Beharrungszustande die Steuerverteilung etwa folgendermaßen gestalten: Möglich ist es, das Zollwesen zu auszubauen, das ein Beitrag von 1 bis 1½ Milliarden Mark im Dauerzustand daraus erheben kann. Aus der Umsatzsteuer, dem Kern der indirekten Besteuerung, sollen insgesamt 4 Milliarden Mark herausgeholt werden, wovon 3,4 Milliarden auf das Reich und 600 Millionen Mark auf die Gemeinden entfallen sollen. Bei der zweiten großen Gruppe der indirekten Steuern, bei den Verbrauchssteuern im engeren Sinne des Wortes, würde sich folgende Aufteilung ergeben: Notwendige Bedarfsartikel sind befreit beziehungsweise sollen befreit werden, mit 500 Millionen Mark, davon 500 Millionen Mark. Mineralwasser mit 30 Millionen Mark. Die Zuckersteuer soll verdoppelt werden, so daß sie 360 Millionen Mark bringt. Aus Bedarfsartikeln wird sich vielleicht ein Betrag von 200 bis 300 Millionen Mark erzielen lassen. Von der dritten Gruppe innerhalb der Verbrauchsbesteuerung, den Verbrauchssteuern, hauptsächlich industrieller Verbrauch, entwirft sich die Kohlensteuer gut. Diese Steuer bringt 2 Milliarden Mark im Jahre. In diesen Naturgaben liegen große Reserven für die gesamte Wiederherstellung. Eine Erhöhung der Steuern dürfte Ihnen auch vorgeschlagen werden. In der Besteuerung der erheblichen Gewinne ist das Brauntweinmonopol schon ausgebaut, die Weinsteuer bringt guten Ertrag, die Schaumweinsteuer ist ebenfalls während des Krieges erhöht worden, die Tabaksteuer ist bereits erledigt durch die Zölleform, die Biersteuer muß wie die Branntwein- und Pilsener entsprechend umgestaltet werden. Bei etwas weiterer Ausgestaltung können 2½ Milliarden Mark aus diesen Steuern gewonnen werden. Unter Heranziehung des Ertrages der Grundwertsteuer ergibt sich für die Verbrauchssteuer ein Ertrag von rund 1000 Millionen Mark, wovon 900 Millionen auf das Reich und 100 Millionen auf die Länder und Gemeinden entfallen. Die Erträge der indirekten Steuern und Zölle mit etwa 11 Milliarden Mark werden nur einkommen, wenn unser Wirtschaftslieben sich wieder besser entfaltet.

Mit diesem kurzen Überblick ist auch schon die qualitative Seite der Reform kurz berührt. Von der gesamten Steuerlast sollen nahezu 60 Proz. auf rein direkte Steuern und nur 40 Proz. auf Zölle und indirekte Steuern. 75 Proz. des gesamten steuerbedarftigen sollen durch direkte Steuern oder solche indirekten Steuern aufgebracht werden. Diese Verteilung der Steuerlasten kann sich selbst wohl lassen. Was ich vom ersten Lage meiner Amtseinführung an mit aller Energie angestrebt habe, das ist die reichsweite Steuerreform. Die Reichsversammlung und Steuerreform werden in Zukunft das deutsche Volk zu einer neuen Einheit zusammenschließen. Ich verkenne nicht

die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Reform ergeben werden. Ich bin aber überzeugt, daß die deutsche Nation die Kraft hat, diese Reform durchzuführen. Ich bitte Sie, die Reform zu unterstützen. Ich bitte Sie, die Reform zu unterstützen. Ich bitte Sie, die Reform zu unterstützen.

Die Frage des Ausverkaufs Deutschlands und die Entwertung unserer Wäpse hat die Regierung, wie bekannt, seit langem beschäftigt. Diese ersten und schwerwiegenden Fragen sind jetzt, wie die „P. P. N.“ erzählen, zu einem gewissen Abschluß gekommen. Die Waren, welche der Kontrolle von Außenhandelsstellen unterliegen, werden durch die Preisprüfung der Außenhandelsstellen auf einen angemessenen Preis für die Ausfuhr gebracht. Dort, wo Handel und Industrie einig sind, werden weitere Außenhandelsstellen geschaffen werden. Die Waren, welche durch Außenhandelsstellen nicht kontrolliert werden, sind durch einen Ausfuhrzoll zu treffen. Die Kontrolle der Ausfuhr wird dadurch wirksamer gestaltet werden, daß die verbotswidrig eingeführten Waren beschlagnahmt werden und ohne Entschädigung dem Reich verfallen. Die Ausführungsbestimmungen unterliegen noch der Prüfung, welche müssen Reichsrat und Nationalversammlung noch Stellung nehmen.

Kleine politische Nachrichten.

Wie die „P. P. N.“ von zuständiger Stelle erfahren, hat der Oberbefehlshaber für die Marken die Freilassung der in Berlin noch in Schutzhaft befindlichen Häftlinge verfügt.

Die Entente hat die polnische Regierung angewiesen, vor Inkrafttreten des Friedensvertrages die Verhandlungen mit der deutschen Regierung nicht fortzusetzen.

Die Letten sind über die litauische Grenze vorgezogen, was einen Bruch der getroffenen Vereinbarungen bedeutet.

Die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland belief sich in den ersten zehn Monaten des Jahres auf über 32 Millionen Dollar, die Einfuhr aus Deutschland auf etwa 5 Millionen Dollar.

Gegen Sflarz wurde beim Oberreichsamt eine Hochverratsanzeige erstattet, weil er im März versucht habe, Regierungstruppen auf die Seite der Aufständischen zu ziehen.

Prinz Max von Baden richtete einen „Offenen Brief“ an den Erzbischof von Canterbury, in dem er seine schleunige Hilfe für die deutschen Gefangenen erbittet. Der Brief schließt mit einem Appell an die englischen Soldaten, die aus der deutschen Gefangenschaft zurückgekehrt sind.

„Estrablade“ in Kopenhagen meldet, daß bis jetzt über 20000 Bestimmungsberechtigte für Schleswig in Dänemark gemeldet sind. In der letzten Zeit ist ein ständiger Zugang zu verzeichnen gewesen.

Infolge von Differenzen zwischen den beiden tschechischen sozialistischen Parteien ist in Prag eine Ministerkrise ausgebrochen.

In Deas und Moras-Basorhely meuterten die siebenbürgischen und rumänischen Soldaten, weil sie an der Verfolgung ihrer Stammesgenossen nicht teilnehmen wollten. Der Aufstand wurde von den rumänischen Autonomen Siebenbürgens organisiert, dem sich später die Sachsen und erst ganz am Schluß die Magyaren anschlossen. Die Verhafteten sind zum größten Teile Hermannstädter und Rumänen.

Italien.

Orlando zum Kammerpräsidenten erwählt.

Zu Beginn der Kammer Sitzung am Mittwoch leisteten die Sozialisten den Eid. Der Kandidat der Regierung, Orlando wurde mit 251 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt, der Kandidat der Sozialisten Pazzari erhielt 143 Stimmen.

Spanien.

Die Ministerkrise bereits beigelegt.

Da der König dem Kabinett sein Vertrauen bestätigte, beschloß dieses, vollständig im Amte zu bleiben. Die Ministerkrise war durch folgenden Zwischenfall herbeigeführt worden: 14 Generalkabsoffiziere, die wegen Vergehens gegen die Disziplin abberufen worden waren, waren durch das oberste Gericht wieder in die Armee aufgenommen worden. Die Regierung wurde von den Militärverbänden aufgefordert, sie aus der Armee zu entfernen. Am 29. November sollen dann alle Infanterieoffiziere mit Einschluß der Generale verbannt werden, daß man sie in den Ruhestand versetze. Am Sonntag nachmittags versammelte sich der Kabinettsrat und im Verlaufe dieser Sitzung reichte der Kriegsminister sein Rücktrittsgesuch ein. Abends begab sich Sanchez Toca in Begleitung des Kriegsministers zum König, um ihm die Demission des gesamten Kabinetts mitzuteilen.

Vereinigte Staaten.

Juristische Zwangsmaßnahmen gegen die Revolution.

Aus Washington wird gemeldet: Das Mitglied des Repräsentantenhauses Kelly hat eine Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Revolutionierung und Anarchie eingebracht, die Strafen bis zu 5 Jahren Gefängnis und 5000 Dollar Geldbuße gegen alle Akte des Terrorismus, Bestrebungen zum Sturz der Regierung oder schwere Schädigungen der Industrie und der Fabriken fordert. Ausländer sollen nach Ableistung der Strafe ausgewiesen werden. Durch solche vorbeugende Maßnahmen läßt sich keine Revolution aufhalten. Mr. Kellys Antrag zeigt, daß die Revolution in den Ver. Staaten bereits große Fortschritte gemacht haben muß.

Mexiko.

Ein ganzes Regiment vernichtet.

„Reuters Bureau“ läßt sich aus El Paso (Texas) drängen: 1000 Soldaten unter Villa machten, um für die Einrichtung Angeles Roche zu nehmen, am 28. November nördlich Santa Rosalia (Chihuahua) einen Angriff auf das 18. mexikanische Regiment. 674 Soldaten wurden wieder gemeldet. Nur zwei sind entkommen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 4. Dezember.

Die Beilegung Peter Papes.

Gran schwebten die Wolken über der Erde. Ein jener Regen fiel unaufhörlich hernieder. Es war, als hätte der Himmel sein dunkles Trauergewand angelegt. Trotz dieses schlechten Wetters hatte sich ein zahlreiches Gefolge eingefunden, um dem in weiten Kreisen der Bevölkerung hochgeachteten Verstorbenen das letzte Geleit zu geben. Von der Bürgerlichkeit waren nicht nur sozialdemokratische, sondern auch bürgerliche Mitglieder erschienen. Dem mit dem Abgehen der Trauer versehenen roten Banner des Sozialdemokratischen Vereins folgten Hunderte Genossen. Auch der Verband der Schneider und der Chorweiser waren mit ihren Frauen erschienen. Die Kapelle auf dem Vorwerk Friedhof, in welcher die Trugetreter stattfand, war viel zu klein, um die

mit der Bemerkung, daß die Lösung der Fragen, um die es sich handelt, Sache der Völkler sei. Die sehr eingehenden Fragen über den Territoriums, der von den Belgiern in den Kreisen Eupen und Malmédy verübt wird, übergeben sie mit Stillschweigen, obwohl sie einst versichert haben, die Zustimmung in den Kreisen werde frei und unbeeinträchtigt von ihnen gehen. Nur bei einem Punkte verweilt die Antwortnote, die Alliierten hätten im Juli erklärt, die Zustimmung werde unter der Leitung des Völkerbundes stattfinden. In der deutschen Note vom 3. Oktober war sie hierzulande erklärt worden. Jetzt erklären sie, daß der Völkerbund erst nach der Zustimmung, deren Durchführung ganz und gar den Belgiern überlassen werden soll, in Aktion treten werde.

Die Entente fordert die Auflösung der Schutzwehren.

Dem deutschen Vertreter in Paris ist folgende, bereits kurz erwähnte Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen:

Alle bis heute eingegangenen Nachrichten bezeugen übereinstimmend, daß die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet und verwirklicht. Außer der Reichswehr werden unter dem Namen „Sicherheitspolizei“ heftige Streitkräfte geschaffen, die sämtliche Kennzeichen und den Wert ausnehmender militärischer Streitkräfte haben. Diese Streitkräfte werden von Stäben befehligt und verwaltet, die aus militärischem Personal zusammengesetzt sind. Diese Formationen haben jenseit, obgleich sie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihrer angelegten Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Aufstellung verstößt gegen den Artikel 162 des Vertrags.

Anßerdem bildet Deutschland unter dem Namen „Freiwillige“ und „Einwohnerwehr“ Reserven, die Kontrollversammlungen und militärischen Übungen unterworfen und mit Waffen- und Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen stehen mit der Gesamtheit der militärischen Bestimmungen, namentlich mit Artikel 178 des Vertrags im Widerspruch.

Die alliierten und assoziierten Regierungen machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß diese dem Geiste und Wortlaut des Vertrags zumiderlaufenden Maßnahmen als Abhilfe der deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden können. Sie fordern infolgedessen die deutsche Regierung auf, die vorbestimmten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben, jenseit aber so, daß mit der Inkraftsetzung des Vertrags die sogenannten Polizeitruppen auf die im Vertrag vorgesehene Stärke herabgemindert werden und eine ihrem Charakter als Orts- und Gemeindepolizei entsprechende Verfassung erhalten und Stärke, die über die im Vertrag vorgesehene Zahl hinaus geschaffen sind, sowie Reserveorganisationen aufgelöst werden.

Deutscherseits wird halbamtlich zu dieser Note bemerkt: „Es ist nicht zutreffend, daß die deutsche Regierung eine Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet. Im Gegenteil ist die Herabsetzung der Heeresstärke auf das in Artikel 48, Absatz 2 des Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von 200 000 Mann, wie allgemein bekannt, im vollen Gange. Daß die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres angeht der bedrohlichen inneren Verhältnisse Deutschlands genötigt gesehen haben, durch Einrichtung von „Sicherheitspolizei“, „Einwohnerwehr“ und „Freiwilligen“ besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen, ist nicht nur ständig Gegenstand der öffentlichen Erörterung, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. In der von deutscher Seite angeregten Besprechung der einzelnen Fragen ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, inwieweit die getroffenen Einrichtungen mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird jedenfalls nach Einsetzung der im Friedensvertrag vorgesehener Kontrollkommission gemäß der Vorschriften des Vertrages klarzustellen sein. Es wäre nur erwünscht, daß die Besprechungen darüber schon früher stattfinden.“

Friedensbereitschaft Sowjet-Russlands.

Der Sondergesandte der Sowjet-Republik in Kopenhagen, Liwinow, empfing Mittwochnachmittag Vertreter der Kopenhagener Presse, um ihnen den Zweck seiner Anwesenheit auszuhandeln zu legen. Er führte in einem längerem Vortrage aus, daß er nach Kopenhagen gekommen sei, nicht allein um über den Gefangenenaustausch zu verhandeln, sondern auch um die Friedensverhandlungen einzuleiten. Rußland sei bereit, trotz der militärischen Sachlage und der Entwicklung neuer Kräftequellen mit den Alliierten zu jedem Zeitpunkt Frieden zu schließen.

Das bulgarische Verantwortlichkeitsgesetz.

Der bulgarische Gesetzentwurf über die Aburteilung der Kriegsverantwortlichen enthält nach der „Frankf. Zig.“ folgende Bestimmungen:

Wer tätigen Anteil an den Kriegsvorbereitungen, an der Kriegserklärung und an der Durchführung des Krieges genommen hat, wird mit dem Tode bestraft und ihre Güter werden konfisziert, gleichgültig ob es sich um die Staatsoberhäupter, Minister, Kammerpräsidenten oder Oberbefehlshaber handelt.

Die diplomatischen Gesandten und die mit außerordentlichen Missionen betrauten Gesandten, die den Abschluß von Geheimverträgen bezweckten, werden mit 15 Jahren Gefängnis, mit Beschlagnahme ihrer Habe und Degradation bestraft.

Abgeordnete, Kommandanten von militärischen Einheiten, Präekten und andere, die in Ausübung dieser Funktionen zur Kriegserklärung beigetragen haben, werden mit Gefängnis zwischen 10 bis 15 Jahren bestraft. Ihre Habe wird für verlustig erklärt und sie ihrer Stellung enthoben.

Die sich unter Ausübung der Lage mit Wuchergeschäften befaßt haben, erhalten die gleiche Strafe.

Ein nationaler Gerichtshof wird die Schuldigen aburteilen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wahltagwahlen im April?

Der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ ist von glaubwürdiger Stelle erfahren haben, daß die Kommunisten am 1. April 1920 in Aussicht genommen seien.

daß es für Länder und Gemeinden ein großes Opfer bedeutet, auf das Erstreckungsgerecht bei den großen direkten Steuern zu verzichten. Durch das Landessteuergesetz wird eine neue Kompartimentierung des Besteuerungsbereiches der Steuergebiete zwischen Reich, Länder und Gemeinden vorgezogen. Das Gebiet der alten Ertragsbesteuerung, als die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerung, verbleibt bei den Ländern und Gemeinden. Länder und Gemeinden werden sodann zur Einführung einer Vermögensbesteuerung gezwungen. Neben unbefristetem Ertragsrecht für neue Steuern bleibt den Ländern und Gemeinden. Wenn die Einkommensteuer planmäßig durchgeführt wird, dann werden Länder und Gemeinden aus der Einkommensteuer fast genau soviel bekommen, als die sämtlichen Steuern in Reich, Länder und Gemeinden vor dem Kriege ertrugen haben. Neben der Einkommensteuer werden Länder und Gemeinden auch nach Anleihe erhalten aus anderen Reichsteuern, so aus der Erbschaftsteuer 20 Proz., aus der Grunderwerbsteuer 50 Proz., aus der Umsatzsteuer 15 Proz. Bei einigen dieser Steuern ist den Ländern und Gemeinden auch eine naturgemäß beschränkte Zuschlagbesteuerung möglich gemacht. Dagegen soll mit dem Prinzip der Zuschläge vollkommen gebrochen werden.

Das vorgeschlagene Programm soll und kann eine Bindung nach nicht enthalten, da einzelne Steuervorlagen erst im ersten Stadium des Verfahrens begriffen sind. Die Aufstellung des gesamten Steuerproblems hat vielmehr den Zweck, die großen Richtlinien der allgemeinen Wirtschaft zu abgrenzen, die sich einzuwickeln gebende, und die Grundzüge anzugeben, von welchen sich die einzelnen Steuern ableiten lassen. Es sind schwere fast unüberwindliche Aufgaben, welche von unserem Volke in der Zukunft getragen werden müssen. Aber noch vollkommenen Besorgnis ist in dem Gedanken an die Modernisierung, wie er vor dem Kriege geherrschte, dem wird diese Reform nicht zugehen. Das private Eigentum findet seine Begründung, aber auch seine Begrenzung durch das soziale Interesse; das Interesse des gesamten Volkstörpers geht dem Interesse des einzelnen vor. Das ist auch der tiefste Sinn der ganzen gegenwärtigen Sozialversicherungsreform. Das muß auch der Leitgedanke bei der Steuerreform sein. In der Zukunft wird die Arbeit die herrschende Rolle spielen, die allein uns herausführen kann aus dem Elend der Gegenwart. Die Steuerreform soll aus den Trümmern des Krieges ein neues Deutschland aufbauen, einen Sozialstaat der Zukunft.

Dr. Becker-Hess (DVP): Den mündlichen Darlegungen des Ministers bin ich nicht folgen, am ehesten in die Debatte einzutreten zu können. Ich bitte, die Sitzung morgen und übermorgen ausfallen zu lassen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Meine Rede wird den Herren sofort zugehen.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, morgen um 1 Uhr die Beratung fortzusetzen.

Schulz-Blumberg (DVP) nimmt dem Abgeordneten Becker zu, auch wegen der Besprechungen des Ministers hier in Reichsrat über die Steuervorlagen sowie der Stellungnahme der einzelnen Finanzminister.

Scheibemann (SPD) schlägt vor, die Beratung am Freitag fortzusetzen.

Dr. Payer (DVP) und Trimborn (Z) stimmen dem zu. Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. Fortsetzung.

Schluss 11 Uhr.

Ein Ultimatum in Sicht.

Nach einer Berliner Drahtung des „Samb. Corr.“ ist die Reichsregierung darauf gefaßt, in den nächsten Tagen ein Ultimatum der Entente zu empfangen, in dem die Zeit zur Unterzeichnung des Friedens vorgeschrieben wird. Der Oberste Rat habe die Absicht zu erkennen gegeben, Deutschland rückwärts zur Unterzeichnung des Protokolls zu zwingen.

Generalfreist in ganz Italien.

Die „Periclerano“ meldet, daß der Arbeiterbund und die sozialistische Parteileitung die Auslösung des Generalfreist für ganz Italien mit Einschluß der See beschlossen haben.

Wegen des Streiks der Seher erscheinen in Rom die Zeitungen, mit Ausnahme von „Popolo Romano“ und „Mazzette Romano“ nicht. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen arbeiten vorläufig, trotz des Generalfreist, wie gewöhnlich. Auf der Piazza Termini, wo sich Manifestanten angesammelt hatten, wurde auf die Karabiniere gefeuert. Diese erwiderten das Feuer. Es gab einen Toten und sechs Verwundete.

In Mailand ist es auch am Dienstag abend um 10 Uhr zu Unruhen und Zusammenstößen zwischen der Menge und der bewaffneten Macht gekommen. Es gab drei Tote und eine Anzahl von Verletzten. Die Demonstration nahm ihren Ausgang vom Domplatz, der von einer großen Menschenmenge besetzt war, die unter der Leitung des Abgeordneten Rossi stand. In der Grotte Victor Emanuels ließ der Zug auf die Polizei, die die Einführung der Demonstration und die Auflösung des Tages verlangte. Da die Menge sich weigerte, auseinander zu gehen, eröffneten die Carabinieri des Gener auf die Menge, die mit Revolvergeschüssen erwiderte. Der erste Tote war ein Carabinieri. Es gab über 20 Verletzte. Der „Avanti“ beschuldigt die Polizei, die Menge herausgefordert zu haben, und jagt, daß bei den ersten Zusammenstößen die Offiziere mit Revolvern auf die Menge schossen. Der Streikschließ ist von den Arbeitervertretern genehmigt worden.

Eine Note über Eupen und Malmédy.

Nicht Volksabstimmung, nur freie Bestimmung des Wunsches der Einwohner!

Dem Sachverständigen der deutschen Friedensdelegation in Versailles war bereits am 12. November eine Note über Eupen und Malmédy zugegangen. Eine Veröffentlichung war jedoch bisher nicht möglich, da der Text in vertraulicher Form in Brüssel eingetroffen war. In der nunmehr bekannt gegebenen Note, die eine Antwort auf einen Brief der deutschen Friedensdelegation vom 3. Oktober bildet, heißt Clemenceau fest, daß es nicht die Absicht der alliierten und assoziierten Mächte gewesen ist, in Eupen und Malmédy eine Volksabstimmung zu veranstalten, entsprechend denen, die für Oberschlesien oder für Schleswig vorgesehen sind, sondern daß es ihre Absicht war, den Bewohnern der in Frage kommenden Kreise, die etwa (1) den Wunsch haben sollten, daß ihr Heimatgebiet unter deutscher Herrschaft verbleibe, zu gestatten, ihren Wunsch freien Ausdruck zu geben. (2) Belgien, das alle erforderlichen Maßnahmen unter seiner eigenen Verantwortung zu treffen hat, nicht zu verhindern, entsprechend seiner Verpflichtung und im Rahmen der im Vertrag vorgesehener Bestimmungen die freie Bestimmung des Wunsches der Einwohner sicherzustellen.

Halbamtlich wird zu dieser Note Clemenceaus bemerkt: In der Note der deutschen Regierung war ausdrücklich auf die unzulässigen Forderungen und Unklarheiten des Art. 34 des Friedensvertrages hingewiesen. Abmahnungen sind ausgesprochen worden. Aber so sehr alle diese Kräfte auch gegen diese Note, die alliierten und assoziierten Mächte bezeugen

Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 13.

Das modernste Lichtspiel-Theater Lübecks.

Heute letzter Tag!

Der größte Film der Gegenwart!

Achtung!

Die siebente Großmacht.

Achtung!

Drama in 7 Akten.

Ausserdem:

Die Lieblingsflamme des Maharadscha
Lustspiel in 2 Akten. 10894

Der letzte Liebesdienst
Drama in 3 Akten.

Nachm.-Vorstellung | Abend-Vorstellung
von 4-7 Uhr. | von 7-10 Uhr.

Keine erhöhte Preise!

Mit verstärktem Orchester.

Keine erhöhte Preise!

Konzerthaus Lübeck

Morgen Freitag:

Großer Eröffnungs-Ball

Musik: Künstlerkapelle Sulanke.

Für gute Bewirtung ist gesorgt.

Öffnung 6 1/2 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

Frau Ida Egg Ww.

10897

Neu-Eröffnung!

Habe Megidienstr. 8 eine

4. Schuhreparatur-Werkstatt

und Maßschuhmacherei

eröffnet. Ich werde auch dort bestrebt sein, jede Reparatur schnell, sauber und preiswert zu erledigen und bitte um günstigen Zuspruch.

Carl Buchholtz

Neu! Megidienstraße 8 Neu!

Schwartauer Allee 4, Fünfhausen 7,
Große Burgstraße 38. (10872)

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (10853)

Otto Albers

Markt 4 Kohl. 10
Hgl. d. R.-Sparr. Cucca

Hasenfelle

Kanin-, Reh- u. Hirschkelle, sowie alle Sorten Wildfelle,

Pferde- u. Kuhhaare kauft stets zu den höchsten Tagespreisen

D. Wagner

Hofstr. 8. (10854)

Preis-Stat

Sonntag, den 7. Dezbr. nachmittags 4 Uhr

Polierkrug

Schwartauer Allee 92.

Sozialdemokratischer Verein

Ortsgruppe Vorwerk.

Heute Donnerstag abend:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale Schulz, Tremkamp.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen A. Schulz.

2. Innere Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet (10896)

Der Vorstand.

Kommunistische Partei Deutsch. (Spartakusbund)

Ortsgruppe Lübeck.

Am Freitag, den 5. Dezbr., abends 6 1/2 Uhr (10899)

Gr. Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus.

Wegen sehr wichtiger Tagesordnung, allseitiges Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand.

1 Tag zahle ich für

Alte Gebisse

die enormen Berliner Preise!

Gewöhnl. Platin-Zahn nicht unter Mark 5.50.

Platin-, Stift- und Plattenzähne (10865 bis Mk. 100.— (Nach Gewicht).

Platin-Gramm Mk. 100 (Nicht bis)

Anfang zur Sonnabend, 6. Dez., von 9-2 Uhr in Spethmanns Hotel, Braunstraße 27, Zimmer 1.

Süsska-Essig

mit vorzüglichem Geschmack dem damit gekochten Wein

zählt und zubereiteten Rosen Weinen usw. (10876)

Süsska-Essig

ist köstlich und macht die Speisen nicht bitter schmecken.

Es ist ein einzigartiger Geschmack zu haben.

Erfinder: Ludwig Wiegels, Lübeck.

Unterhaltungs- u. Ballabend

der Sazaret-Zirkus der Reichsfrankenanstalt unter aktiver Mitwirkung der Militärkapelle am Freitag, dem 5. Dezember 1919 im Kolosseum.

Anfang 6 Uhr. Ende ? ? (10912)

Der Vergnügungsausschuss.

Überschuss dient z. Weihnachtsbes. d. Kranken.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Großer

Klempner-Ball

am Sonnabend, dem 6. Dezember, im Gewerkschaftshaus.

Anfang 6 1/2 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein (10900)

Das Festkomité.

Zentral-Hallen.

Morgen: Großer Tanz-Abend.

Beliebte Weihnachts-Geschenke

Blumentrippen + Ziertische

Bauerntische + Rauchtische

Postamente + Hausapotheken

Notenständer + Klaviersessel

Sturgarderoben + Korbsessel

usw.

Kudolph Karstadt Lübeck

Fiedermaus

Direktion: H. Todt.

Fünfhausen 17/19.

Neu! Kabarett-Diele. Neu!

Grosses Dezember-Eröffnungs-Programm

Täglich abends 8 Uhr.

Werner Alberti, Kampersänger.

Fränzi Sylva, Opernsängerin.

Hans Lützw, Ballettmeister u. Solotänzer v. d. Staatsoper Berlin.

Gehr. Pentsch, Exentric-Tänzer.

Ball und Orchester: Kapellmeister Hans Eivers.

Täglich nachm. 4-Uhr-Tee: Auftreten sämtl. Künstler.

Werner Alberti, Fränzi Sylva, Opern-Duette.

Kasthe Schweb, Solo-Spitzentänzerin.

Geschwister Graff, Akrobat. Tänzerinnen.

Rolf Hegewald, 10877

Humorist und Ansager.

Arbeiter-Bildungsverein.

Vorstellung im Stadttheater

am Sonntag, d. 7. Dezember 1919:

Kameraden.

Komödie in 4 Akten von A. Strindberg.

Die Ausgabe der Karten für Mitglieder und Vertrauensleute erfolgt am Donnerstag, dem 4. Dezember, abends von 6-8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Der Einzelverkauf ab Freitag in der Expedition des „Lübecker Volksboten“ und im Gewerkschaftshaus. (10871)

Der Vorstand.

Morgen Freitag

Großer Kellner-Ball im Gewerkschaftshaus.

Anfang 7 Uhr. 10870 Ende ???

Neu-Lauerhof

Morgen Freitag: 10855

Großes Tanzkränzchen.

Großes Orchester. Harmonikklub.

Waisenhof Tanz.

Freitag 10863 und Sonntag:

Ortsgruppe Lübeck der Gesellschaft f. Soziale Reform.

(10856)

Öffentl. Versammlung

am Freitag, dem 5. Dezember 1919, abends 8 Uhr

im Restaurant „Hohenzollern“, Süßstraße 17.

Vortrag des Herrn Direktor Dr. Garmwig über:

Die Sozialpolitik im neuen deutschen Volksstaat. Freie Aussprache.

Hansa-Halle.

Heute Donnerstag: 10908

Gr. Tanzkränzchen

Hansa-Theater

Donnerstag, 7 Uhr: Das (10873)

Dreimäderhaus.

Singspiel v. Fr. Schubert.

Freitag: Gastspiel Hans Bechmann.

Eine Ballnacht.

Operette von Straus.

Sonnabend: Neu einstudiert: Die Czardasfürstin.

Stadttheater Lübeck

(10901)

Donnerstag, den 4. Dezbr. Schauspielergemeinde.

Gelbe Karten.

Anfang 7 Uhr:

Der Diamant.

Komödie in 5 Akten von Friedrich Hebbel.

Zu dieser Vorstellung sind Eintrittskarten an der Kasse zu haben.

Freitag, den 5. Dezember: 11. Vorstellung im Freitag-Abonnement.

Kain.

Feuersnot.

Sonnabend, den 6. Dezbr.: Der Vogelhändler.

Sonntag, den 7. Dezember: Anfang 3 Uhr:

Veranstaltung für den Arbeiterbildungsverein.

Kameraden.

Anfang 7 Uhr:

Lohengrin.

... war, hat sich kürzlich in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Nationalökonominnen gebildet. Nicht als Vertretung von Berufs- und Standesinteressen, sondern zur wissenschaftlichen Erforschung der Mittel für die Überführung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft, insbesondere der Sozialisierung und des Kätegedankens. Diese Probleme sollen in lebendigem Zusammenwirken mit den sozialistischen Berufsorganisationen, Räten, Gewerkschaften und Genossenschaften ihrer praktischen Lösung entgegengeführt werden. Auch innerhalb der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Nationalökonominnen arbeiten Praktiker und Theoretiker der Volkswirtschaft zusammen. Von bekannten Genossen und Genossinnen aller sozialistischen Richtungen haben sich ihr ferner angeschlossen: Julian Borchardt, Karl Kell, Klingelhöfer, Kranold, Benno Marx, Ilse Müller-Deistreich, Heide Schreiber, Ströbel und Mallo Zepher. Meldungen zur Mitarbeit werden erbeten an den Geschäftsführer Herbert Köhne, Berlin-Steglitz, Felsstr. 16.

Arbeiterbewegung.

Holzarbeiterstreik in Stuttgart. In Stuttgart sind die Holzarbeiter in den Ausstand getreten. Der Grund sind Lohn- und Differenzen. Es werden Verhandlungen geführt, durch die es wahrscheinlich zu einer Einigung in kürzester Zeit kommen wird.

Reich und Ausland.

Mit 240 000 Mark durchgebrannt. Der Postamtsvorsteher Wiedenhoff, Kirchmeister der evangelischen Gemeinde Eilen-Rüttenried, unterschlug deren Gesamtvermögen von 240 000 Mark und flüchtete.

Menschenfleisch im Koftloaf. Vor einigen Tagen ist in Wien ein achtjähriges Mädchen aus der elterlichen Wohnung verschwunden und vermutlich einem Verbrecher zum Opfer gefallen. Nun erfährt bei der Polizei der Kanakrämer Djalabino und gab an, daß er von seinem Kollegen Maschel Fleisch erhalten habe, welches ihm bedenklich vorkomme. Eine Wäscherin Steiner, welche

mit Maschel zusammenkauft, hatte Maschel und Djalabino von diesem Fleisch, das sie für junges Schweinefleisch hielt, eine Maßprobe bereitet. Die Frau des Djalabino schöpfe Verdacht und erzählte Angelegenheit. Es wurden daraufhin bei den beiden Kanakrämmern Rippenstücke gefunden. Der Gerichtsarzt, Professor Halarda, stellte fest, daß es sich um Menschenfleisch handelte. Es liegt der Verdacht nahe, daß das Kind das Opfer eines Lustmörders wurde, der die Leiche des Kindes zerstückelte. Die beiden Kanakrämer wurden in Haft gehalten, da ihre Aussagen einander widersprachen.

Typhusepidemie in der Ukraine. Das Blatt „Wpered“ meldet, daß in der Ukraine eine schwere Typhusepidemie herrscht. Wie der „Telegraphen-Union“ berichtet wird, sind in der Stadt Amazenga täglich 500 Todesfälle zu verzeichnen. Der Epidemie sind u. a. auch der ukrainische Gesundheitsminister Odrino und der Vorsitzende des ukrainischen Roten Kreuzes, Blazlo, erlegen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion kein Publikaum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Eine hölzerne Geschichte. Erfahrung macht klug! Diesen schönen Satz mußte ich wieder einmal ausprobieren, als ich vor ein paar Tagen im Vertrauen auf den von der Holzaußgabestelle unterhalb der Fleischhauerstraße ausgestellten Gutschein versuchte, die mit zulehender zwei Zentner Brennholz zu empfangen. Am Ausstellungstage sowohl, als auch im Verlaufe einer darauf folgenden Woche war es mir nicht möglich, eine Gelegenheit zum Abholen zu erhalten, denn eine solche mußte ich ausnutzen, weil uns Angestellten bekanntlich noch niemals, und heute ganz besonders nicht, solche Reichtümer blühen, als daß es uns möglich wäre 33% vom Werte eines Gutes für Anfuhr zu zahlen. An der Ausgabestelle wurde mir mehrmals erklärt, der Gutschein berechtige nur zum Empfang des Holzes am Ausstellungstage und wäre jetzt einfach gelöst zu sein, denn von Zurückstattung des Betrages war keinerlei Rede, noch Andeutung; ebenso verzweigte man mir zu-

nächst die Ausstellung eines neuen Gutscheines mit dem Tagesdatum. Nachdenklich wie ich veranlagt bin, überlegte ich: 15 Mark in bar, dazu das nicht ausgegebene Holz im Werte von 15 Mk. macht ein Plus von 30 Mk. für die Ausgabestelle. Dies war doch wohl sicher nicht von derselben beabsichtigt, und ich mußte die Ausgabestelle daher durch erneuten Protest vor diesem nicht beabsichtigten Vergehen bewahren. Der Erfolg war zunächst der, daß man mir einen Zentner verabsolgen wollte. Warum denn nur einen Zentner, da ich doch für zwei geblieben hatte? Jeder wird zugehen, daß man auf einem Bein nicht stehen kann, und ich bestand daher auf Auslieferung auch des zweiten Zentners oder Rückgabe von 750 Mk. Jetzt endlich bequemte man sich dazu, meine doch vollumfänglich berechtigte Forderung zu erfüllen. Ich habe es lediglich meinem energischen Auftreten zu verdanken, wenn ich nicht mit leeren Händen abjog und für meine geleistete Zahlung auch den Gegenwert erhielt und zwar „2 Zentner“, nicht einen. Wie die Angestellten bei dem Hin- und Herreden äußerten, wären solche Fälle schon einige Male vorgekommen.

Die Allgemeinheit dürfte daher ein berechtigtes Interesse an dieser Sache nehmen. Neugierig wie ich bin, erhebe ich jetzt die Fragen:

1. Wo und wann ist die Bestimmung veröffentlicht, daß die Gutscheine über Holz nur am Pflanztag gelten?
 2. Wenn solche Bestimmungen bestehen, warum enthält der Gutschein dann keinen Vermerk über die Dauer der Gültigkeit, und warum werden solche, kleine Existenzen schwer betreffende Bestimmungen nicht an den Ausgabestellen angeschlagen?
 3. Werden alle nachm. 4 Uhr beim Schluß der Ausgabestelle noch nicht Belieferten noch abgefertigt oder sind deren Gutscheine durch eine event. Nichtabfertigung vom folgenden Tage ab auch ungültig?
 4. Bleibt nicht ein Gutschein ein Gutschein und dürfte ein Geschäftsmann es wagen, einen solchen nach gut einer Woche als ungültig zu erklären, wenn sich auf dem Scheine nicht ein Hinweis über die Gültigkeitsdauer befindet?
- Manche andere, noch aufzuklärende Frage will ich in meinem Herzen schreien verwehren; vielleicht daß ich noch Leidensgenossen habe, die auch neugierig sind.

Verkaufszeit zum Weihnachtsfest.

Für Sonntag, den 21. Dezember ds. Js., ist in allen offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb und eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags gestattet.

Ferner dürfen die offenen Verkaufsstellen am Montag, dem 22., und am Dienstag, dem 23. Dezember ds. Js. bis 7 Uhr abends für den Handelsverkehr geöffnet bleiben.

Lübeck, den 2. Dezember 1919. (10874)

Das Polizeiamt.

Fleischausgabe.

In der Woche vom 1. bis 7. Dezember 1919 werden auf die Reichsfleischkarte für ermächtige Personen 150 Gramm frisches Fleisch und Fleischwurst, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte, ausgegeben. Auf jede Fleischkarte muß Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Aufteilung ist jede Fleischkarte, die den Aufdruck „1/2“ trägt, mit 15 Gramm für Fleisch oder 30 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Militärpersonen, Besucher und zurückkehrende Kriegsfangene erhalten ihre Fleischkarten bei dem Schlachtereimeister H. Mehncke, Schiffelhuben Nr. 30.

Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zugehende Fleisch ist nur bei dem Schlachtereimeister August Hellmann, Johannisstraße Nr. 17/19, zu entnehmen.

Lübeck, den 2. Dezember 1919. (10873)

Das Landesverwaltungsamt.

Umschlagsteuer.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Umsätze für den Monat November ds. Js. sind dem unterzeichneten Umschlagsteueramt vor Ablauf des Monats Dezember d. J. schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Vordruckformulare in Steueramt, Zimmer Nr. 7, kostenlos entnommen werden.

Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden. (10861)

Lübeck, den 1. Dez. 1919.

Katharineum.

Anmeldungen für Ostern nimmt täglich von 12-1 Uhr entgegen (10857)

Dr. Rosenthal, Direktor.

Oberrealschule zum Dom.

Anmeldungen vom 1.-20. Dezember von 11-12 Uhr vormittags, Dienstags und Freitags auch von 5-6 nachmittags, Musterbahn 4.

Dir. Dr. Schwarz.



Landesbahnen.

Die im Bereiche der Lübeck-Büchener und Lübeck-Güldenburger Eisenbahnen in der Zeit vom 1. 7. bis 31. 10 1919 geforderten Gegenstände werden am 2. Febr. 1920 von 9 Uhr vormittags ab veräußert, soweit sie bis dahin nicht zurückgefordert worden sind. (S. 980/1 S. 982.) (10804)

Das Landbureau d. Lübeck. Eisenbahnen.

Lübecker Badeanstalt.

Die Bäderpreise werden vom 5. Dezember d. J. ab erhöht. Der Preis für ein Brausebad beträgt jetzt Mk. 0.90. Für Schwabebäder werden Mk. 6.- erhoben. Für die fünfzehn täglichen Bäder beträgt der Preisausschlag 100 Proz.

Lübeck, den 2. Dez. 1919.

Die Finanzbehörde.

Abteilung für Bäder- und Bäder. (10866)

Tüchtiger Stenotypist.

zu sofortigem Eintritt gesucht. Bewerbungen mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen erbeten von der

Senatskanzlei.

Robert Kest.

Für erwiesene Kameradschaften... (10868)

Stammbuch.

Stammbuch Nr. 1, 4, 20... (10869)

Stenotypist.

Zu verl. e. Stellung... (10870)

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Margarethe Klinkrad
geb. Schwarz
im 65. Lebensjahre.

Liebetrauert und schmerzlichst vermisst von d. Hinterbliebenen Friedrich Klinkrad nebst Kindern und allen Angehörigen.

Lübeck, den 2. Dez. Kanallstr. 20. 10905

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, d. 6. Dez., nachm. 1 1/2 Uhr, in der Kapelle des Bornwerder Friedhofes statt.

3-Jam.-haus

Nähe Lübeck. (10881)

Näheres Schützenstr. 31.

Nähmaschinen

1 Unterbett zu vert. und 1 W. Stiefel Nr. 40 z. vert. gegen 37. (10887)

Froh, Mittelstr. 5.

Handbücher

1 Paar Kinderstiefel für dreijähriges Kind, ein Paar weiße wildlederne G.-Handschuhe Alsheide 15. (10878)

Kreuzweg 1, III, z.

Freitag

Freitag nachmittags von 2-4 Uhr steht eine gr. Partie Ferkel in Hartmanns Gasthof in Kücknitz zum Verkauf. (10907)

Figur

Figur zu vert. (10879)

Mierbrücke, bei Käselau, Zim. 1 (Bauhofkafelner).

Wagen

1 W. n. W. St. Nr. 28, g. 25 1/2 - 27 u. 1 W. gest. D. St. Nr. 37-38, zu verk. u. n. 6 Uhr. (10883)

A. Wigger, Hanallstr. 160 III.

Wagen

1 W. gest. Schnürstiefel, Nr. 44, zu vert. (10892)

Schützenstr. 33 II, I.

Wagen

1 W. neue Knabenstiefel, Nr. 35, zu vert. (10886)

Johannisstr. 46 III, I.

Wagen

Zu kaufen ges. gut erh. Klappstuhlwagen n. Verb. Eisenbahn mit Schienen, Spaltarme. Ang. n. J. F. an d. Exp. d. St. (10888)

50 Mt. Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir den Dieb nachweist, welcher meinen Wagen bei der Dankwart-Brücke aus dem Wasser geholt hat. Näheres (10906)

Erste Wallstraße 21.

An die Inserenten!

Wir können noch einige nicht zu große Inserate mitnehmen.

Verlag des „Lübecker Volkshoten“.

Schubmachermaschine, Schneidemaschine,

beide sehr gut erhalten, billig zu verkaufen. 10869

Krähenstraße 27.

Leder, Ledersohlen, Lederabfälle, Lederpatentsohlen usw.

billigst bei C. Grimm Nachf., Lederhandlung u. Schäftefabrik. 10859

Flechten u. Haubennetze

empfiehlt (10880)

F. W. Lichtenstein, Greifur Große Burgstraße 11.

Hilgers Handbuch

der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung.

2.50 Mk.

Buchhdl. Fr. Meyer & Co.

Empfehle eine Sendung prima junge fette

Hasermast-Gänse und -Enten.

Rudolph Jäde, (10911) Bestenstraße 70.

Fruchttränder Obstbäume

empfiehlt H. F. Vollert, (10867) Ragerburger Allee 27.

Bilderleisten

einrahmungen Oscar Tauchnitz, Glashölg. Fleischhauerstr. 35. Fmr. 2808

Zuckerwurzeln

Runkelrüben beides beste, 10860

frischeste Ware

Th. Häveker

Bornwerder 7/II.

Kopfläuse

nebst Brot, Kosmetikmittel. Zu haben in... (10885) bei H. Meyer, edigt. Sommerstr. 11/II, 2. I.



PROCKAKONIG SPRICHT

KROPP MAYER LUKAT

Eine Probe ist mehr wert als ein Vortrag. Sie zeigt die Hauptsache, die Qualität. Jede Probe ist ein Sieg für Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun

Alleinversteher: Werner & Mertz, Mainz

Zeichnungen

auf die Deutsche Spar-Prämienanleihe v. 1919

wobei 50% des Kaufpreises in 5prozentiger Deutscher Reichsanleihe à 100% zahlbar, nehmen

bis Mittwoch, den 10. Dezember, mittags 1 Uhr zu Prospektbedingungen spesenfrei entgegen:

- Bank für Handel und Gewerbe, e. G. m. b. H.
- Commerz-Bank in Lübeck.
- Commerz- und Disconto-Bank, Filiale Lübeck.
- Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Lübeck.
- Dresdner Bank, Filiale Lübeck.
- Alfons Frank & Co.
- Holsten-Bank, Abteilung Lübeck.
- Kreditbank Lübeck, e. G. m. b. H.
- Landbank Lübeck, e. G. m. b. H.
- Lübecker Privatbank.
- Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck.
- Spar- und Vorschuss-Verein Schwartau.
- Vorschuss- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.
- Louis Wolff, Commandit-Gesellschaft.